

Hohenstein-Ernstthal-er Tageblatt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.



Anzeiger

Druck und Verlag von J. Ruhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Hohenstein-Ernstthal mit Gattungen, Oberlungwitz, Gerndorf, Gerndorf, Bernsdorf, Ritzdorf, Langenberg, Meinsdorf, Jellen, Reichenbach, Langensudersdorf, Cossau, Berg, Brunsdorf, Ritzschheim, Ritzschneppel, St. Egidien, Wästenbrand, Britina, Mittelsdorf, Ursprung, Ritzberg, Erlbach, Rietz und Ruzdorf.

Nr. 76

Donnerstag, 30. März 1922

72. Jahrg.

Im Reichstage

Kamen gestern in der Aussprache über das bedingte Nein des Reichstanzlers die übrigen Parteien und dann der Außenminister zum Wort. Von besonderer durchschlagender Kraft waren die Ausführungen des Redners der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, von denen zu wünschen wäre, daß sie Franzosen und Engländer im Wortlaute läsen. Auch Rathenau hatte einen guten Tag und wußte der Entente vorzureden, was sie bisher von uns erpreßt hätte und daß ihre weiteren Forderungen zu erfüllen uns unmöglich wäre.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.
Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Besprechung der

Erklärung der Reichsregierung.

Dazu ist ein Antrag der Deutschen Nationalen eingegangen, wonach der Reichstag das Unannehmliche des Reichstanzlers gegenüber dem von der Wiedergutmachungskommission versuchten Attentat auf die Souveränität des Deutschen Reiches billigt. Vermittelt wird aber eine klare und eindeutige Zurückweisung der geforderten neuen Steuern und des Versuchs der Wiedergutmachungskommission, ihre Hand auf deutsches Privateigentum zu legen. Bedauert wird, daß der Reichstanzler erneut sich auf das unerfüllbare Angebot von 720 Millionen Goldmark in Deussen und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen für 1922 festgelegt hat. Angesichts dieser vor aller Welt sich als verheißungsvoll und verhängnisvoll erwiesenen Politik des Reichstanzlers und angesichts des Willens des Kanzlers, diesen Weg weiter zu gehen, hat der Reichstag, so schließt der Antrag, nicht die Zuversicht, daß es der gegenwärtigen Reichsregierung gelingen wird, das Reich aus der schweren Lage herauszuführen. Aus diesen Gründen muß der Reichstag der Reichsregierung das Vertreten verweigern. (Gelächter links.)

Abg. Marx (Ztr.) nennt die Note der Wiedergutmachungskommission einen bedeutenden Markstein in der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Volkes. In dieser Frage sollte der Reichstag einig sein. Gegen den Eingriff in das Staatswesen erhoben wir schärfsten Protest. Wir sind Besiegte, aber nicht Unfreie, Unterlegene, aber nicht Hörige. Eine Befehlsnote des Hauptgebietes würde sich die Vergewaltigung nicht gefallen lassen. Die Note erreicht das Gegenteil von dem, was sie wollte. Sie ist kein Beweis für ein Fiasco der bisherigen Regierungspolitik.

Abg. Stresemann (Deutsche Vpt.) bezeichnet den Brief der Wiedergutmachungskommission an den Kanzler als anmaßend und beleidigend. Dagegen sollte die Regierung auch in ihrem Antwortschreiben förmliche Bewahrung einlegen. Der deutsch-nationale Antrag geht von der Ansicht aus, der Kanzler habe sich auf die geforderten Leistungen bereits festgelegt. Diesen Eindruck habe ich nicht. Wenn die Uebersehungen unserer Industrie reiflos der Entente zuließen, dann verlieren wir die Kraft für den Wiederaufbau unseres Außenhandels. Die Entwertung unserer Mark zeigt am besten den tatsächlichen Niedergang der deutschen Wirtschaft seit dem Kriege. Die deutsche Einfuhr betrug vor dem Kriege 728 Millionen und sank bis 1920 auf 180 Millionen. Die besten kulturellen Elemente gehen in Deutschland zugrunde. (Bewegung.) Der Zugang der Neureichen aus dem Ausland ist kein Ersatz. Selbst Amerika spürt die Störung des Weltverkehrs. 1920 ereigneten sich in Amerika 8120 Konkurse im Betrage von 295 Millionen Dollar, 1921 war die Zahl bereits auf 19 650 Konkurse im Werte von 627 Millionen Dollar gestiegen. Die Ausfuhr fiel auf die Hälfte. Auch in England ist die Ausfuhr um 45 Prozent gesunken. Lloyd George hat sogar von verlorenen Provinzen, nämlich dem verlorenen Handel, gesprochen. Selbst die Schweiz und Holland verzeichnen einen wirtschaftlichen Niedergang. Wenn die Teuerungswelle uns fortgesetzt aufgezwingen wird, dann werden die

Wirkung eines solchen Niederganges sich in Deutschland noch ganz anders zeigen, als in Oesterreich.

Die Form internationaler Syndikate sollte nicht die einzige sein, in der man sich Rußland gegenüber verhalten sollte. Es darf nicht der Eindruck in Rußland erweckt werden, als ob es eine Ausbeutungskolonie des internationalen Kapitals werden sollte. Wir sollten die Stimme für den Wiederaufbau Rußlands erheben. (Zustimmung.) Das ist die Auffassung meiner Fraktion. In der Frage der Kriegsschuld der italienische Ministerpräsident Matti

immer ein Beweis dafür, daß man auch auf der Gegenseite anfängt, der Wahrheit die Ehre zu geben. Die Erfüllung der gegnerischen Forderungen ist unmöglich. Wer keine weitere Entwertung der Mark will, muß sich auch gegen die anderen Leistungen wenden. Das Programm von Genoa hat zwei Hauptpunkte: die Schaffung einer sicheren Grundlage für den Völkerverfrieden, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas. Die Durchführung dieses Programms ist nur möglich in einem gesunden Deutschland. Die Fortsetzung der bisherigen Politik Deutschlands gegenüber ist damit unvereinbar. Aber auch die

Erfüllungspolitik im bisherigen Umfang ist unmöglich.

Die Forderungen würden eine völlige Zerstörung der deutschen Mark mit sich bringen. Das Steuerlofpromiss stellt die letzte Grenze des Möglichen dar. Bedauerlich ist die Festlegung des Reichstanzlers auf die Erfüllungspolitik. Dem, was der Reichstanzler gegen den Eingriff in die deutsche Souveränität gesagt hat, stimmen wir durchaus zu. Man soll die Hoffnung aber nicht nur auf das Ausland setzen, sondern vor allem auf sich selbst. Alle Parteien, die jetzt hinter diesem Nein stehen, sollten auch dabei bleiben, um damit die Voraussetzung für einen guten Erfolg der Verhandlungen in Genoa zu schaffen. (Beifall.)

Reichsaußenminister Dr. Rathenau erinnert daran, daß in Cannes dem deutschen Vertreter Selbstenheit gegeben wurde, den deutschen Wirtschaftsstandpunkt darzulegen. Die deutschen Ausführungen konnten nicht widerlegt werden. Auf uns präsierte ein Hagel von Noten nieder. In zwei Monaten etwa 100 Stück. (Hört, hört!) Die Behörden wurden durch die Beantwortung nahezu lahmgelegt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind schwer gerüttelt. (Zorn bei den Kommunisten. — Zustimmung rechts.) In unserem Lande mit geschwächter Staatsgewalt müssen wir für Ruhe sorgen. Das ist nur möglich bei starker Polizeigewalt. Es gibt keinen Weg für ein Land mit passiver Zahlungsbilanz, dauernd Geldzahlungen zu leisten, ohne daß die Balasta sinkt, dabei muß jedes Budget gerüttelt werden. 3 Millionen Deutsche müssen Jahr für Jahr arbeiten, um den Stand einigermaßen wiederherzustellen, der uns vor dem Kriege ohne Arbeit besah. Das ist eine starke Beschäftigung, die aber nicht produktiv ist. Das Ausland weiß auf unsere angeblich blühende Industrie hin. Das ist ein Irrtum. Hat eine Gesellschaft 100 Millionen Mark Aktienkapital und zahlt 20 Prozent Dividende, so hat sie auf dem Geldwert ihres Kapitals immer nur 1/4 Prozent. Die Entente ist auf Trugschlüssen entstanden, und dann wird behauptet, Deutschland wolle nicht zahlen. Ebenso ist es mit der Entwertung. Unter großer Bewegung des Hauses stellt der Minister fest, daß das deutsche liquidierte Eigentum im Auslande einen Wert von 11,7 Milliarden hat, die ausgelieferte Flotte von 5,7, das Reichseigentum in den abgetretenen Gebieten von 6,5, das übergebene Eisenmaterial von 2 Milliarden Gold. (Bewegung.) Die zurückgelassenen Güter nicht militärischer Art machen 5,8 Milliarden aus, die Ansprüche gegen unsere Kriegsverbündeten 7 und der Wert der Saargruben 1,1 Milliarde, die Kohlenlieferungen 1,3, die Wiedergutmachungen in bar bezahlt 1,3 Milliarden Goldmark. Dazu kommen noch kleinere Posten in Höhe von 2,3 Milliarden Mark. Wir kommen somit zu einer

Gesamtleistung seit Kriegsende von 45,6 Milliarden Goldmark

(lebhafteste Bewegung) ohne den Wert der Kolonien und den politischen Wert Oberschlesiens und Westpreußens. Dadurch würde die Summe um über 100 Milliarden Goldmark erhöht werden. (Hört, hört!) Das muß dem Auslande gesagt werden, das immer noch sagt, Deutschland habe nichts bezahlt. Hier liegt die stärkste Leistung, die jemals von einem Volke geleistet wurde. An Gewehren sind abgeliefert 5,8 Millionen, an Maschinengewehren 102 000, an Mienen- und Granatwerfern 28 000, an Geschützen und Rohren 53 000, an scharfer Artilleriemunition und Mienen 31 Millionen. Dazu gewaltige Mengen Pulver. Demgegenüber ist die Beibrüstung nichts getan. Deutschland habe zur Ab-

deutsche Abrüstung ist eine Leistung von unerhörter Größe.

Mit dem, was Deutschland an Waffen verbietet, kann man keinen Krieg führen. Das entwaffnete Deutschland steht einem Europa gegenüber, das von Waffen statt. Vor dem Kriege gab es in Europa 3,7 Millionen Soldaten, jetzt 4,7 Millionen. (Hört, hört!) Da kann man nicht von einem kriegsbereiten Deutsch-

land sprechen. Die Welt muß sich endlich entschließen, die deutschen Verhältnisse so zu sehen, wie sie sind. Der Wahrheitsstrom muß seinen Weg um die Erde machen. Die Tür zu Verhandlungen ist nicht zugeschlagen. Wir brauchen aber einen anderen Zahlungsplan. Dem Kabinett ist es gelungen, das Reich unverfehrt zu erhalten. Wir wollen nach Kräften beitragen zum Wiederaufbau der Welt. Am Wiederaufbau Rußlands müssen auch wir mitarbeiten. Syndikate können nützlich sein. Deutschland bedarf einer Atempause durch eine auswärtige Anleihe. Es wäre falsch, auf ein Land alle Hoffnungen zu setzen. Amerika ist europamüde und glaubt, die amerikanische Ausfuhr betrage nur 5 Prozent der Produktion. Sie muß aber auf 20 bis 25 Prozent geschätzt werden. Darauf wird Amerika auf die Dauer nicht verzichten wollen. Amerika kann sich einer endgültigen Regelung der deutschen Schuldverhältnisse nicht entziehen. Oesterreich bringen wir herzlichste Interesse entgegen. Deutschland verlangt von niemandem in der Welt Mitleid. Es fordert aber die Aufstellung eines Arbeitsplanes und Wirtwirtschaftsinteressen. Wir kämpfen für die Existenz des Volkes, die Einheit des Reiches, für Frieden und Aufbau. Dieses Ziel ist uns allen gemeinsam. Davon wird sich niemand in diesem Hause ausschließen. Darum wollen wir dieses Ziel auch in Einigkeit verfolgen. (Beifall.)

Abg. Dr. Breitscheid (USP.) betont, daß auch in der Kreise seiner Partei die Note der Reparationskommission den stärksten Unwillen hervorgerufen habe. Leider haben die bürgerlichen Parteien viel ins Feuer der Erregung geworfen. Durch den Ton und die Methode der Note wird nur der deutsche Chauvinismus gestärkt. Der Redner erklärt, seine Partei habe bisher die Außenpolitik der Regierung nicht unterstützt. Ein Konflikt sei aber unausbleiblich, wenn nach den geistigen Worten des Reichstanzlers die Erfüllung in erster Linie auf Kosten der Arbeitseinkommen vollzogen werde.

Abg. Dr. Haas (Dem.) nennt die Note einen bewussten Verstoß gegen den Geist einer ehrlichen und dauerhaften Demokratie. Sie ist ein Meisterstück, um das deutsche Wirtschaftsleben noch mehr zu verwirren und die Wiedergutmachungszahlungen unmöglich zu machen. Für alle europäischen Länder sollte es nur eine Aufgabe geben: die Rettung Europas vor dem wirtschaftlichen und kulturellen Untergang.

Die Aussprache wird darauf abgebrochen.

In der dritten Lesung wird noch angenommen das Gesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilisationsverordnungen.
Schluß gegen 7 Uhr.

Ein politischer Mordanschlag in Berlin.

In Berlin ist am Dienstagabend auf den Führer der russischen Kabetten Miljutow, der sich zurzeit in Berlin aufhält, ein Mordanschlag verübt worden, über den folgendes bekannt wird:

Die Herausgeber der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung „Rus“ hatten zu Dienstagabend mit politischer Genehmigung im großen Saal der Philharmonie eine Versammlung einberufen, in der der Begründer der russischen Kabettenpartei und spätere kaiserliche Minister des Neuherrn Miljutow vor in Berlin weilenden russischen Landsturen einen Vortrag über seine Erlebnisse und Eindrücke in Amerika geben wollte. Miljutow war eben erst aus Amerika zurückgekehrt, wo er an der Konferenz in Washington teilgenommen hatte. Der Einladung der Einberuener waren sehr viele Russen gefolgt. Als der Vortragende etwas verspätet auf der Rednertribüne erschien, waren über 1500 Personen anwesend, so daß der große Saal ziemlich gefüllt war. Kurz nach 10 Uhr hatte Miljutow seine Rede beendet, die ohne Störungen verlaufen war. Während er noch auf der Bühne stand, trafen plötzlich aus dem Saale heraus hintereinander mehrere Schüsse. Sie waren auf die Bühne gerichtet und galten Miljutow. Die Augen verließen zwar ihr Ziel, richteten jedoch anderes großes Unheil an. Fünf Personen wurden getroffen, davon eine so schwer, daß sie auf der Bühne tot zusammenbrach. Es war dies der Chefredakteur der russischen Zeitung „Rus“, der Senator Wladimir v. Rabofo. Der, wie eine spätere ärztliche Untersuchung ergab, ins Herz getroffen Mann fiel die Bühnenstufen hinab in den Saal vor die Füße sei-

ner ebenfalls anwesenden Gattin. Verletzt wurden ferner durch einen Kniefuß die 36 Jahre alte Frau Lenca Portogais, durch einen Armfuß ein Dr. Baraldia, durch einen Knöchelfuß ein Dr. Reichel, durch einen Fußfuß ein Fräulein Ely Goshen und ferner ebenfalls durch einen Schuß in das Ante eine noch unbekannte russische Dame. Miljutow, dem der Anschlag galt, blieb unverletzt.

Die Schüsse und ihre unheilvollen Folgen riefen eine ungeheure Erregung und Panik hervor. Sie waren von einem Manne von einem Schußplatz in einer der vorderen Reihen des Saales aus geführt worden. Das Publikum stürzte sich zum Teil sofort auf ihn und seine Begleiter, während ein anderer panikartig die Flucht ergriff und die Ausgänge stürmte. Im Saale herrschte ein ungeheures Durcheinander. Der Revolverbesitzer und seine Begleiter wurden sofort dingelst gemacht. Hierbei wurde einem Beamten, dem Polizei-Betriebs-Assistenten Fried der Arm ausgedreht, Frauen fielen in Schrei- und Weinträmpfe, Tische und Stühle wurden umgeworfen und Kleidungsstücke zerissen und zertrümmert. Die verwundeten Herren und Damen wurden sofort gleich verbunden und dann auf ihren Wunsch nach ihren Wohnungen gebracht.

Die Täter waren unterdessen in einen Nebenraum gebracht worden, wo sie mit Hilfe russisch sprechender Beamten verhört wurden. Der Haupttäter ist ein am 5. Mai 1893 zu Zeret in Rußland gebürtiger früherer Leutnant Peter Schabelski-Bork, sein Begleiter, ein Freund von ihm, der am 2. August 1895 zu Petersburg geborene Sergius Laborkin, der ebenfalls unter der Zarenregierung Leutnant war. Der dritte Verhaftete ist ein Student. Die beiden ehemaligen Offiziere geben zu, daß sie eigens aus München hergekommen waren, um Miljutow, ihren politischen Feind, zu erschließen. Beschenden Auges erzählt der Haupttäter Schabelski-Bork, daß er schon lange beschloffen hätte, sich an Miljutow, dem Verfolger und Schmäher der russischen Zarin, unter dem sie auch persönlich schwer gelitten hätten, zu rächen. Beide gehören, wie sie sagen, der zaristischen Partei an und ernähren sich, nachdem sie aus Rußland mittellos entflohen seien, in München schlecht und recht durch Zeigarbeiten und dergleichen. Daß er statt Miljutow den Senator Rabofo, den er persönlich gar nicht kenne, getötet und auch noch andere Personen verfehrt habe, bedauere er sehr. Die Schüsse will er ganz allein abgefeuert haben. Alle drei wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht.

„Die unabwendbare Finanzkontrolle“

Wie die „Baseler Nationalist“ aus Paris meldet, nimmt dort niemand die deutschen Erklärungen ernst (.), daß Deutschland nicht annehmen würde. Die deutsche Zank ist in den drei Jahren Frieden zu bekannt geworden. Andererseits glaubt man auch nicht, daß die Wiedergutmachungskommission am 31. Mai Zwangsmassnahmen gegen Deutschland ergreifen kann, sofern Deutschland Besprechungen wünsche. Der unbedingten Zustimmung Englands und Italiens ist man durchaus nicht sicher. Aber in einem Punkt läßt sich die Deutsche, wenn sie auf die geringe Einigkeit der Allierten spekulieren in der Frage der Finanzkontrolle über Deutschland ist unabwendbar.

Seine weiteren Zugeständnisse Lloyd Georges an Poincaree.

Aus dem „Reit Parisien“ und dem „Echo de Paris“ erfährt man die außerordentlich bemerkenswerte Tatsache, daß die Bologner Annahmen zwischen Lloyd George und Poincaree keine so bindende Form hatten, als man damals glauben machen wollte. Das „Echo de Paris“ erklärt, daß zwischen Lloyd George und Poincaree über die Konferenz von Genoa nur mündlich gesprochen wurde, und daß es infolgedessen dem englischen Ministerpräsidenten leicht wäre, das in Bologne erörterte Programm in Genoa selbst abzuändern. Poincaree befürchtet, daß Lloyd George die Absicht haben könnte, die Frage der Abrüstung zu Lande, die Frage der Wiedergutmachung und die der Revision der Friedensverträge in Genoa zur Sprache bringen zu lassen. Infolgedessen habe sich Poincaree an Lord Curzon gelegentlich dessen Aufenthaltes in Paris gewandt, um von ihm Erklärungen über das Programm von Genoa zu verlangen. Falls es sich bestätigen würde, daß die früher genannten Themen in Genoa erörtert werden sollten, so würde Frankreich sich aus Genoa sofort zurückziehen. Wie es zu so verschiedenartigen Auffassungen über das Programm von Genoa kommen kann, ist